



Niederschrift

22. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
14. Juli 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 5 der Tagesordnung: Bürokratieabbau vorantreiben

Antrag: CDU

Vorlage: 2026/0362

Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 23. Juni 2026 verwiesen worden.

Stadtrat Hofmann (CDU) führt aus, das Anliegen werde grundsätzlich von allen geteilt, allerdings müsse die Diskussion konkret geführt werden. Er stellt klar, der CDU gehe es nicht darum, den Arbeits- oder Gesundheitsschutz infrage zu stellen; der hohe Standard für die Beschäftigten sei nicht verhandelbar. Gleichwohl bestünden Verbesserungsmöglichkeiten, insbesondere bei Nachweispflichten und bestimmten Verfahrensanforderungen. Seine Fraktion sei mit der Haltung der Verwaltung nicht zufrieden, weil man weitergehende Möglichkeiten sehe. Den Antrag wolle man erneut im Gemeinderat behandeln.

Der Vorsitzende sagt dies zu. Die Diskussion müsse auf Landesebene geführt werden. Es stelle sich daher die Frage, ob eine sofortige Behandlung im Gemeinderat zweckmäßig sei oder zunächst abgewartet werden solle, bis vom Land Hinweise dazu vorlägen, wie die Kommunen mit nicht bewilligten Personalstellen dennoch neue Bundesvorgaben erfüllen sollten. Das Land selbst habe berechnet, dass landesweit ab diesem Jahr zusätzlich 270 bis 280 Stellen erforderlich seien. Diese Stellenbedarfe seien zwar für zwei Landeshaushalte angemeldet, in den Haushaltskommissionen jedoch wieder gestrichen worden. Für Karlsruhe bedeute dies, dass derzeit lediglich eine Kontrollquote von 0,5 Prozent erreicht werde, obwohl 5 Prozent erforderlich seien. Deshalb habe man gegenüber dem Land und über die kommunalen Landesverbände die Frage aufgeworfen, wie die Kommunen die Vorgaben erfüllen sollten. Zugleich habe man vorgeschlagen, die Aufgabe als Landesaufgabe und nicht

als kommunale Aufgabe auszugestalten. Da inzwischen Landtagswahlen stattgefunden hätten, müsse diese Diskussion nun mit der neuen Landesregierung geführt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verweist er den Antrag in den Gemeinderat.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
21. Juli 2026